

Angst vor Ghaddafis Sieg

Von Hauke Ritz

Während die westlichen Medien seit Wochen das Ende der Herrschaft Ghaddafis ankündigen, befinden sich dessen Streitkräfte stetig auf dem Vormarsch. Sollte auch die Stadt Bengasi in die Hände der regierungstreuen Truppen fallen, wäre die Aufstandsbewegung massiv geschwächt. Ghaddafis Offensive stellt deshalb für die USA und die EU ein ernstes Problem dar, was in den hektischen Bemühungen um eine Flugverbotszone seinen Ausdruck findet.

Während die NATO-Staaten die Protestbewegung in Tunesien erst nach deren Sieg anerkannten und im Falle Ägyptens wochenlang eine neutrale Position zwischen beiden Seiten einnahmen, unterstützten sie im Falle Libyens die Opposition vom ersten Tag an. Damit haben die westlichen Staaten zugleich einen prekären Kompromiß aufgekündigt, der ihre Beziehungen zu Libyen seit 2003 bestimmt hatte. Wurde Ghaddafi über Jahrzehnte mal dem sowjetische Lager und mal dem der blockfreien Staaten zugeordnet, hatte er sich unter dem Eindruck des Irak-Kriegs dazu bereit gefunden, westliche Ölkonzerne ins Land zu lassen. In den letzten Jahren wurde sogar eine neoliberale Wirtschaftspolitik eingeleitet. Zudem ließ sich Ghaddafi zu einem Vorposten zur Abwehr von Flüchtlingen aus Afrika machen.

Sollte er die Unruhen als Machthaber überleben, ist eine Wiederaufnahme dieses Kompromisses nicht zu erwarten. Eine Neuausrichtung der libyschen Außenpolitik Richtung China, Rußland und Iran wäre statt dessen die Alternative und wurde von Ghaddafi auch bereits angekündigt. USA und EU ständen somit mit leeren Händen da. Indem sie darauf gesetzt hatten, daß die Aufständischen gegen die Regierungstruppen gewinnen würden, hatten sie letztlich ihren Einfluß im Land aufs Spiel gesetzt. Gleichwohl war für den Westen auch ein Festhalten am außenpolitischen Kompromiß mit Ghaddafi keine Option. Und dies nicht nur wegen dessen vielfach beklagten Menschenrechtsverletzungen. Entscheidend dürfte sein, daß sich die Beziehungen der USA und der EU zur arabischen Welt insgesamt in einer schweren Krise befinden. Zwar haben die Protestbewegungen in Tunesien und Ägypten bislang nur zur Absetzung der Diktatoren Ben Ali und Mubarak geführt, während die Elite dieser Länder, durch die der Westen seinen Einfluß entfaltet, nach wie vor an der Macht sind. Doch sind die USA und die EU allgemein damit konfrontiert, daß die Revolten in der arabischen Welt einen zunehmend panarabischen Charakter annehmen und zur Entstehung eines länderübergreifenden arabischen Nationalbewußtseins führen könnten. In diesem Fall wäre der westlichen Dominanz der arabischen Welt enge Grenzen gezogen. Denn seit dem 19. Jahrhundert beruht die Strategie europäischer Staaten darauf, die unterschiedlichen Gruppen und Länder der arabischen Welt zu teilen und gegeneinander auszuspielen. Die Entstehung eines panarabischen Nationalbewußtseins stellt daher für die USA und die EU eine ernste Gefahr dar.

Vor diesem Hintergrund ist die schnelle Unterstützung der libyschen Aufstandsbewegung zu verstehen. Denn hier richteten sich die Proteste gegen einen Diktator, der zumindest bis 2003 gegen den Westen opponiert hatte. Die Unterstützung der Aufständischen zielt darauf ab, die gesamte arabische Protestbewegung auf das europäische Demokratiemodell hin auszurichten. So soll die Entstehung eines panarabischen Nationalbewußtseins verhindert werden. Der Vormarsch von Ghaddafis Truppen scheint diese Kalkulation allerdings zunichte zu machen.